

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint Mittags nachmittags mit dem Datum des folgenden Tages.
Wegungspreis: Unmittelbar oder durch die Postanstalten 5 M. monatlich. Einzelne Nr. 20 Pf.
Beispieldruck: Geschäftsstelle Nr. 21295, Schriftleitung Nr. 14574.
Postfachkonto Dresden Nr. 2496.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum im Ankündigungs-
teile 2 R., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 4 R.,
unter Eingangs 5 R. — Grundgebühr auf Geschäftsankündigungen.
Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Beitragende Nebenblätter: Landtags-Beilage, Synodal-Beilage, Ziehungslisten der Verwaltung der Staatsschulden und der Landesbankkassen, Jahresbericht und Rechnungsabrechnung
der Landes-Brandversicherungsanstalt, Verkaufsliste von Holzpfändern auf den Staatsforstrevieren.
Beauftragt mit der Oberleitung (und preßgesetzlichen Bezeichnung für den schriftstellerischen Teil): Regierungsrat Voenges in Dresden.

Nr. 105

Sonntag, 8. Mai

1921

Polnische Vorkämpfe in Oberschlesien.

Oppers, 5. Mai. Nach den am 4. d. M. abends vorliegenden Nachrichten ist die Lage im Aufständigengebiet unübersehbar ernst. Die polnischen Insurgenten verfahren immer noch, nach Norden hin Boden zu gewinnen. Nachdem Groß-Zerschlag von den Aufständischen wieder geräumt worden ist, werden nunmehr Angriffsvorbereitungen der Insurgenten in der Richtung auf Geis und Leisnisch festgesetzt. Infolge erneuter Störungen im Fernverkehr liegen aus dem Zentral- und Südbereich nur wenig Meldungen vor. In Glatz haben die am polnischen Aufstand beteiligten aktiven polnischen Soldaten meistens Zivilkleider getragen haben, wird diese Vorsichtsmaßregel jetzt nicht mehr beachtet, sondern es sind zahlreiche Aufständische in der Uniform der polnischen Armee festgestellt, die mit polnischen Militärtransportwagen überall im Lande Requisitionen vornehmen. Die Werbungen unter der deutschen Bevölkerung für die Abkündigungspolizei haben bisher sehr guten Erfolg gehabt.

Neue polnische Gewalttaten.

Waldorf, 7. Mai. Wie der „Oberschlesische Anzeiger“ meldet, erhalten die polnischen Banden, welche die Oberhöhe rechts der Oder im Zuge Markwitz-Zusow besetzt halten, Räumigen Zugang von Menschen, Material und Waffen über den Kreis Rybnitz. Mehrfach wurden Truppen in Hallesdorf festgesetzt. Die Deutschen Kampfs, Jankowitz, Kaudenz, Traunitz und Waldorf wurden von den Insurgenten geplündert. Geschäfte wurden ausgeräumt, Vieh weggeführt, wehrlose Frauen mißhandelt und vergewaltigt.

„Es lebe der ober-schlesische Aufstand“.

Waldorf, 6. Mai. Die Nationale Arbeiterpartei hat einen Aufruf erlassen, in dem sie aufruft, den ober-schlesischen Kämpfern zu Hilfe zu kommen. Der Aufruf aller Polen sei in den Reihen der aufständischen ober-schlesischen Armee. Das polnische Volk müsse den verbrecherischen Absichten der Verbündeten bewußte große Anstrengungen entgegenstellen. Der Aufruf schließt: „Es lebe der ober-schlesische Aufstand. Zu den Waffen!“

Korfanthys Gehörbeit.

Berlin, 7. Mai. Korfanthys erklärte in seiner Rede an die Verbündeten feierlich, alles getan zu haben, was in seiner Macht gestanden hätte, um den Aufstand zu verhindern. Bereits unmittelbar nach der Abkündigung hat keine „Oberschlesische Grenzzeitung“ die Vertreibung der Deutschen aus Oberschlesien gefordert und unmittelbar vor Beginn des Aufstandes am 1. Mai hat die „Grenzzeitung“ in den fanatischsten Ausdrücken gegen die Grubenbesitzer gehandelt. Daraus, also nicht spontan, wie Korfanthys heute weiter behauptet, brachen Aufstand und Aufstand aus. Ebenso unwahr ist die Behauptung, die Bewegung sei eine elementare, denn alliierte Offiziere haben dem Spezialkorrespondenten des „New York Herald“, Schriftst., erklärt, die Aufstandsorganisation sei von langer Hand vorbereitet. Ebenso sei Korfanthys Trohungen, die Bergwerke und industriellen Anlagen zerstören zu lassen, nicht vom Augenblick diktiert. Der ober-schlesische Spezialkorrespondent des Pariser „Journal“, Gellert, hat bereits am 27. März diese Drohung in seinem Blatte wohl nicht ohne Prüfung mit Korfanthys angebracht. Der diplomatische wie der militärische Feldzugsplan Korfanthys haben also längst festgestanden.

Der Anschluß Österreichs an Deutschland

Wien, 7. Mai. Gestern fand unter dem Vorsitz des Bundeskanzlers Raab eine Konferenz der Vertreter der Parteien aus allen Ländern statt über die Gesetzesvorlage bezüglich den groß-deutschen Antrag betreffend die Volksabstimmung über den Anschluß an Deutschland, sowie die von den Ländern Salzburg und Steiermark vorbereiteten Plebiszite. Wie die Blätter melden, wurde sowohl von christlich-sozialer wie von sozialdemokratischer Seite darauf hingewiesen, daß jede Abstimmung für den Anschluß an Deutschland gegenwärtig für den Verlauf der Kreditoperationen nachteilig sein könnte.

Die Londoner Beschlüsse.

Reynes und die Londoner Beschlüsse.

Rhein, 6. Mai. Die „Kölnische Zeitung“ veröffentlicht einen Aufsatz von Prof. Maynard Keynes. Der Verfasser nennt die Entscheidung des Wiedervereinigungsausschusses, daß Deutschland seine Zahlungspflicht nach dem Vertrage 132 Milliarden beträgt, zwar einen ungewissen Triumph für den Geist der Gerechtigkeit, hält aber seine Kritik an dem Vertrage aufrecht. Auch die neuen Vorschläge des Verbandes seien unausführbar. Deutschland könnte 26 Prozent der Ausfuhr oder zwei Milliarden jährlich zahlen, aber keineswegs beides. Trotzdem kommt der Verfasser zu dem Schluß, daß Deutschland, da ein dauernder Weltfrieden das höchste Interesse aller sei, den Plan nicht zurückweisen sollte. Zum Schluß sagt Keynes: Der neue Plan sagt nichts zu den Lagen des Vertragstages hinzu, in welcher Beziehung erleichtert er sie. Die Befreiung des Planes ist in Übereinstimmung mit dem Vertrage und führt nur aus, was Deutschland seit zwei Jahren Ursache hatte, vorauszusetzen. Der Plan verlangt nichts von Deutschland unmittelbar, das heißt in den nächsten sechs Monaten etwas zu leisten, wozu es unfähig ist. Er zieht das Verlangen nach Auslieferung der Goldreserven der Reichsbank zurück und ersetzt es durch das ganz und gar verfehlene Verlangen einer Zahlung von einer Milliarde in Gold oder in fremder Währung innerhalb dreier Monate, eine Zahlung, die zwar nachteilig sein mag und nicht befähigt wiederholt werden könnte, die aber gewiß jetzt geleistet werden kann. Es ist tatsächlich der volle Betrag, den Deutschland bereits in seiner den Vereinigten Staaten von Amerika übermittelten Note anbot. Was die entfernten Zahlungen betrifft, wird Zeit und Erfahrung lehren, ob sie möglich sind. Ich stimme mit denen überein, die nicht wollen, daß Deutschland unter Drohungen unausweichlich anerkenne, was es weder erbringen kann noch will. Ich möchte, es wäre möglich, daß Deutschland den jetzigen Forderungen der Verbündeten willfährig, ohne von der Stellung zurückzuweichen, die es eingenommen hat und die sich schließlich in seinem aufrichtigen Glauben als richtig erweisen wird.

Amerika und die Vertretung im Obersten Räte.

Washington, 6. Mai. Die Vereinigten Staaten von Amerika haben beschlossen, einen nichtamtlichen Vertreter im Obersten Rat und im Vorschlagsrat zu entsenden. Der amerikanische Kommissar in Paris, Roland Bonaparte, soll Vertreter im Reparationsausschusse werden.

Washington, 6. Mai. In der von den Vereinigten Staaten von Amerika an die Verbündeten gerichteten Note, die mittelst, daß die Vereinigten Staaten von Amerika die Einladung annehmen, sich an den Sitzungen des Obersten Rates, der Reparationskommission und

des Vorschlagsrates vertreten zu lassen, heißt es: Bei voller Wahrung unserer überlieferten Politik, und allen Angelegenheiten von rein europäischer Bedeutung fernzuhalten, verfolgt doch die Regierung der Vereinigten Staaten mit größter Anteilnahme die Fragen einer geeigneten wirtschaftlichen Regelung und einer billigen Lösung der Angelegenheiten, die für die ganze Welt von Bedeutung sind. Die Regierung wünscht daher, sich nützlich an den Beratungen zu beteiligen, die über diese Fragen stattfinden. Die Note nennt sodann die Namen der verschiedenen amerikanischen Vertreter für die Beratungen der Verbündeten und schließt: Die Regierung der Vereinigten Staaten stellt mit Befriedigung fest, daß die in London vereinigten Vertreter der Verbündeten der Überzeugung Ausdruck gegeben haben, daß die Mitwirkung Amerikas ihnen wertvolle Dienste leisten werde für die Regelung der gewaltigen internationalen Fragen, die aus dem Kriege entstanden sind.

Washington, 6. Mai. Die Beamten des Staatsdepartements erklären, daß die amerikanischen Vertreter beim Obersten Rat und beim Vorschlagsrat keinerlei Vollmacht erhalten werden, im Namen der Vereinigten Staaten irgendwelche Verpflichtungen zu übernehmen. Sie werden den Sitzungen hauptsächlich als Beobachter beizutreten.

Erklärung des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller.

Berlin, 6. Mai. Der Verein deutscher Eisen- und Stahlindustrieller hat auf seiner heutigen Mitgliederversammlung folgende Entschlüsse gefaßt und an den Reichspräsidenten, den Reichskanzler, den Reichsminister des Inneren, den Reichswirtschaftsminister und den Reichsminister des Innern gefaßt: 1. Die in Berlin tagende Mitgliederversammlung des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller wendet sich mit aller Entschiedenheit gegen das Gerücht, daß die deutsche Industrie der Unterzeichnung des neuen Ultimatums des Verbandes nicht widerspreche. Die deutschen Eisen- und Stahlindustriellen, insbesondere die rheinisch-westfälischen Industriellen, wollen lieber alle mit der Befolgung des Ruhrgebietes drohenden Risiken und Opfer auf sich nehmen als unersättliche Bedingungen annehmen, die früher oder später doch die Befolgung des Ruhrgebietes zur Folge haben würden. Genügt doch nach den neuen Bedingungen die Richt-erfüllung irgendeines Punktes, um den Feinden für weitere Zwangsmaßnahmen, wie für die Befolgung des Ruhrgebietes, sogar einen Rechtmittel zu verschaffen. 2. Die überaus traurige Lage Oberschlesiens zeigt, daß die verbündeten Besatzungstruppen die im Verfallenen Vertrag übernommene Pflicht des Schutzes der Bevölkerung nicht erfüllen. Die Mitgliederversammlung des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller verlangt daher ganz entschieden, daß deutsche Truppen marschieren, ehe es zu spät ist.

Botshafter Dr. Mayer beim Reichspräsidenten.

Berlin, 7. Mai. Der Reichspräsident empfing heute vormittag den Botshafter Dr. Mayer, der in den Morgenstunden aus Paris hier eingetroffen ist. Botshafter Dr. Mayer besprach mit dem Reichspräsidenten die außenpolitische Lage und die Frage der Regierungsbildung.

Dr. Adenauer Vorsitzender des preussischen Staatsrates.

Berlin, 7. Mai. In der heutigen Sitzung des Staatsrates wurde der Oberbürgermeister von Köln, Dr. Adenauer, mit 44 gegen 26 Stimmen bei 2 Stimmenthaltungen zum ersten Vorsitzenden gewählt.

Die Unruhen in Irland.

Paris, 6. Mai. Nach einer Meldung aus London hat die Militärbehörde als Wiederverteilung vier Bataillone bei Rathmore einschießen lassen, in deren Nähe sieben Verhaftungen von Sinnfeindern getötet worden waren.

Vor dem Einmarsch im Westen.

Frankfurt, 6. Mai. Wie der „Frankfurter Zeitung“ von zuverlässiger Seite mitgeteilt wird, requiriert die französische Militärverwaltung in der Pfalz gegenwärtig nicht bloß deutsche Kraftwagen, sondern übersendet auch Kraftwagenführern Stellungsbefehle. Diese enthalten in der Regel den Befehl, sich innerhalb weniger Stunden zur Verfügung zu stellen und für 30 Tage Proviant mitzubringen.

Amerika und die Bedingungen der Verbündeten.

London, 7. Mai. „Daily Telegraph“ meldet aus New York: In Amerika ist ziemlich allgemein die Ansicht verbreitet, es sei Deutschlands gegenwärtige Pflicht, die Bedingungen der Verbündeten anzunehmen und den christlichen Versuch zu machen, sie zu erfüllen. Wenn sich der Operationsplan in seinen wirtschaftlichen Folgen als undurchführbar erweise, so würden nach Ansicht Washingtons die Verbündeten bereit sein, ihn von Zeit zu Zeit abzuändern, um ihn der veränderten Lage anzupassen.

Der Aufbruch in Oberschlesien.

Die immer ernstere lautenden Meldungen aus Oberschlesien geben jetzt vollständige Klarheit darüber, daß es sich um einen von langer Hand vorbereiteten Aufstand mit zweifellosster Rückenbedeckung in Polen handelt. Wenn auch die polnische Regierung offiziell jede Verbindung mit diesen Aufständen ablehnt, so ist es doch schwer denkbar, daß diese Bewegung, die gestützt ist auf eine aus Polen stammende sehr reichliche Bewaffnung und vollständige Ausrüstung mit allem möglichen Kriegsmaterial, den polnischen Regierungstreuen fremd geblieben ist. Es ist nicht eine aus dem ober-schlesischen Volk entstandene, sondern allem Anschein nach eine gegen die ober-schlesische Volksmehrheit gerichtete Gewalttat, die aus Polen finanziell und militärisch organisiert und wahrscheinlich auch mit vielen an ihr Beteiligten versorgt worden ist. Sonst wäre die große Anzahl der Insurgenten nicht erklärlich.

Korfanthys ist ihr Oberhaupt. Er ist zwar offiziell seines Amtes als polnischer Plebiszit-Kommissar entsetzt worden. Das ist aber nur eine äußere Form, nachdem er sich selbst zum Militär- und Zivilgouverneur ausgerufen hat. Es ist natürlich eine Unwahrheit, wenn er erklärt, er habe erst nachträglich sich an die Spitze der Bewegung gestellt, nachdem diese nicht mehr einzuhalten gewesen sei. Die ganze Bewegung ist tagelang von ihm allein herbeigeführt und vorbereitet worden, er ist der Organisator des ganzen Aufstandes und der eigentliche Verantwortliche für alle Gewalttaten, welche die polnischen Aufständischen begangen haben. Daß die Schuld an diesem Aufbruch ausschließlich auf Seiten der Polen liegt, hat auch die internationalisierte Kommission anerkannt. Sie muß demgemäß auch die notwendigen Folgerungen ziehen und in ganz anderer Weise als bisher mit der Befämpfung vorgehen. Hätte man unsere Landbesitzer nicht gänzlich wehrlos gemacht, so würden diese sich erfolgreich selbst zu schützen vermögen. Aber auch jetzt noch würde die Heranziehung der wehrfähigen Deutschen den Truppen der internationalisierten Kommission eine so starke Hilfe bieten, daß die bisherige Unterlegenheit gegen die Polen ausgeglichen werden könnte.

Es geht keinesfalls an, daß es bei der schwachen Verteidigung einiger Städte bleibt und der Hauptteil Oberschlesiens den Aufständischen überlassen wird. Noch weniger aber ist es denkbar, daß die Forderungen Korfanthys angenommen werden, welche die „Neutralität“ der Verbündeten verlangen, was gleichbedeutend mit der völligen Preisgabe der deutschen Bevölkerung wäre. Und wenn gar das Verlangen nach dem Verbot der deutschen Zeitungen erfüllt würde, so würde damit ausgeprochen, daß die internationalisierte Kommission sich zu einem Organ Korfanthys herabwürdigte. Der Übermut der polnischen Banden und ihres Führers ist so ins Maßlose gestiegen, daß es kein Verharmeln, sondern nur ein durchgreifendes Handeln geben darf: es ist so viel Schändliches geschehen, so viel Morde und andere Verbrechen sind verübt worden, daß hier endlich einmal mit größter Strenge eingeschritten werden muß, zumal es auch gilt, frühere Verfassungen gutzumachen.

Die internationalisierte Kommission hat die Erhaltung der Ordnung und Sicherheit übernommen; sie hat also die Ehrenpflicht, entsprechend dieser Aufgabe die Bevölkerung gegen jede Gewalt zu schützen. Reichen ihre Kräfte dazu nicht aus, so muß sie ohne Weigerung andere heranziehen. Die italienischen Truppen haben mit dem Aufruf an die Deutschen den Anfang dazu gemacht, die deutsche Regierung wird zweifellos in jeder gewünschten Weise ihre Kräfte zur Verfügung stellen. Ein langes Zögern aber ist nicht mehr möglich, nachdem Leben und Eigentum in ganz Oberschlesien in Gefahr stehen. Die internationalisierte Kommission hat nicht nur das Interesse des Reichs und der Menschlichkeit gegen das polnische Bandentum wahrzunehmen, sondern sie hat auch ihre eigene Autorität und Ehre zu schützen, die durch einen schließlichen Erfolg der Aufständischen auf schwerste Weise beeinträchtigt werden.